



# Flucht, Migration und die Linke in Europa

Michael Bröning  
Christoph P. Mohr (Hg.)



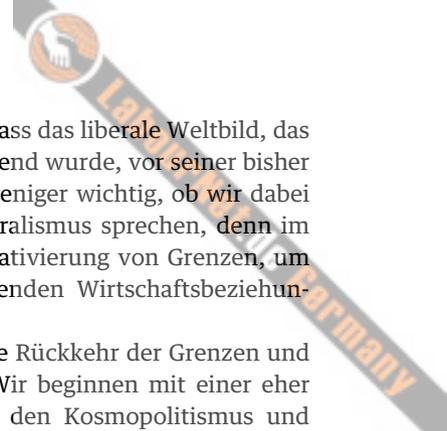
Paul Scheffer

## Die Freiheit der Grenze und die Suche nach der moralischen Mitte

Wer das Ergebnis der Wahlen in den Vereinigten Staaten und des Referendums über den Brexit verstehen will, der kommt um die Parole »Taking back control!« nicht herum. In diesem Satz wird das Unbehagen in der Demokratie am besten zusammengefasst. Das Gefühl der Machtlosigkeit, das durch die Globalisierung hervorgerufen wird, sucht sich einen Ausweg, und die Wiederbetonung der Grenzen spielt dabei eine entscheidende Rolle. Nachdem wir mit dem Traum von einer grenzenlosen Welt eingeschlummert waren, erwachen wir nun plötzlich, ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Kalten Kriegs, in einer Welt, in der Grenzen im Fokus eines gesellschaftlichen und politischen Konflikts stehen.

Die am stärksten ins Auge springende Illustration der gewachsenen Bedeutung von Grenzen in unserer Zeit ist die humanitäre Katastrophe, die sich im Mittelmeer ereignet: die vielen tausend Bootsflüchtlinge, die bei dem verzweifelten Versuch, das europäische Festland zu erreichen, umgekommen sind. Schätzungen besagen, dass seit Beginn des neuen Millenniums rund 25.000 Menschen ertrunken sind. Damit ist das Mittelmeer die tödlichste Grenze der Welt. Zum Vergleich: An der amerikanisch-mexikanischen Grenze haben im gleichen Zeitraum rund 400 Migranten pro Jahr - also insgesamt rund 6.000 - ihr Leben verloren.

Angesichts dieser Flüchtlingskrise regen sich bei den meisten Menschen zwei Gefühle, die nicht recht zusammenpassen: Eine beträchtliche Mehrheit möchte, dass die Gesellschaft einen Beitrag zur Aufnahme der Flüchtlinge leistet, und zugleich geht dieselbe Mehrheit davon aus, dass die Ankunft von so vielen Flüchtlingen zu Spannungen führen wird. Das sich daraus ergebende Unbehagen wirkt sich auch auf die Meinungsbildung über die Flüchtlingskrise aus, wobei die Argumente kreuz und quer durcheinandergehen.



Es kann keinen Zweifel darüber geben, dass das liberale Weltbild, das im Laufe der 60er- und 70er-Jahre dominierend wurde, vor seiner bisher größten Herausforderung steht. Dabei ist weniger wichtig, ob wir dabei von einem linken oder einem rechten Liberalismus sprechen, denn im Kern dieses Paradigmas geht es um die Relativierung von Grenzen, um den Zusammenhang von grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen und kultureller Offenheit.

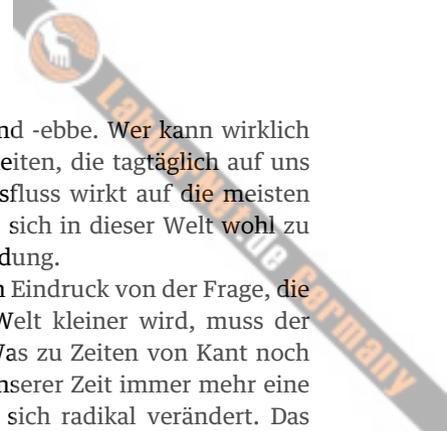
Wir wollen hier in drei Schritten über die Rückkehr der Grenzen und mögliche Antworten darauf nachdenken. Wir beginnen mit einer eher philosophisch gefärbten Betrachtung über den Kosmopolitismus und dessen mögliche Defizite in unserer Zeit. Dann folgt eine eher empirische Analyse der Rolle von Geografie und Nähe in einer globalisierten Welt. Und schließlich kommen wir auf die Antworten zu sprechen, die die Europäische Union angesichts der Problematik von Grenzen geben müsste.

### **Das kosmopolitische Defizit**

Die moderne Vorstellung vom Weltbürger kam während der Aufklärung im 18. Jahrhundert auf. In seiner Abhandlung *Zum ewigen Frieden* hält Kant ein schönes Plädoyer für den Kosmopolitismus. Er glaubt nicht an eine Weltregierung – darin sieht er die Gefahr des Despotismus –, begrüßt aber eine Weltbürgerschaft. Diese sei, so Kant, durch zunehmende Kommunikation möglich geworden: Die Menschen erfahren immer mehr übereinander und empfinden das Leid, das sich an einem Ort der Welt ereignet, überall zur gleichen Zeit. Wir könnten uns daher nicht mehr der Not jenseits unserer Grenzen entziehen: Die Welt sei nicht auf dem Weg zu einer staatlichen, sehr wohl aber auf dem Weg zu einer moralischen Einheit, so der Philosoph, der selbst Königsberg nie verlassen hat.

Hier begegnen wir einem Kosmopolitismus, für den nationale, religiöse oder ethnische Unterschiede von untergeordneter Bedeutung sind. Es ist ein wertvolles Ideal, weil es, ungeachtet der Unterschiede, die Menschheit als eine Einheit denken will. Aber ändert sich die Bedeutung dieses Ideals nicht gerade im heutigen *Global Village* mit seiner weltweiten Kommunikation? Stimmt die Vorstellung der Aufklärungsdenker, dass wir durch zunehmendes Wissen über die anderen einander immer näher kommen? Sind wir tatsächlich auf dem Weg zu einer moralischen Einheit?

Die Allgegenwärtigkeit der Medien verändert ganz sicher unsere moralische Sensibilität. Auf den ersten Blick ist dies eine positive Entwicklung, denn die Opfer von Ebola oder eines Tsunami machen uns mehr denn je betroffen. Doch unsere Betroffenheit ist flüchtig geworden, sie



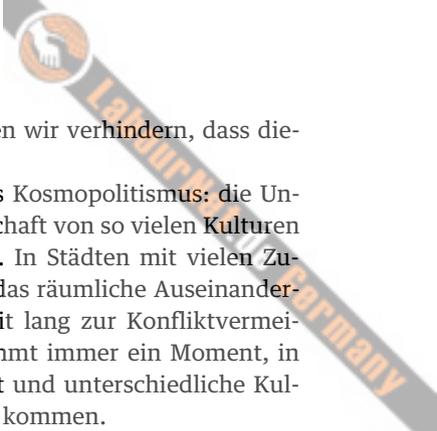
kommt und geht mit der Nachrichtenflut und -ebbe. Wer kann wirklich empfänglich sein für die schlechten Neuigkeiten, die tagtäglich auf uns einströmen? Der fortwährende Informationsfluss wirkt auf die meisten Menschen nicht gerade wie eine Einladung, sich in dieser Welt wohl zu fühlen. Er vermittelt das Gefühl der Entfremdung.

Diese Bemerkungen vermitteln uns einen Eindruck von der Frage, die uns hier beschäftigen wird: Jetzt, da die Welt kleiner wird, muss der Kosmopolitismus neu überdacht werden. Was zu Zeiten von Kant noch ein Blick in eine ferne Zukunft war, ist in unserer Zeit immer mehr eine greifbare Realität. Die Bedingungen haben sich radikal verändert. Das Ideal einer offenen Gesellschaft verlangte nach Entgrenzung, als die Welt noch entdeckt werden musste. Aber dasselbe Ideal verlangt vielleicht nach Begrenzung, jetzt, da die Welt auf uns einstürzt.

Der deutsche Philosoph Peter Sloterdijk spricht sogar von einem »Globalisierungsdrama«: Unbehagen charakterisiere den modernen Menschen, der sich in einer chaotischen Welt als »obdachlos« empfinde. Die zunehmende Umlaufgeschwindigkeit von Menschen, Waren und Ideen rufe eine rückwärtsgerichtete Bewegung hervor. In der Überschätzung des Fließenden und der Geringschätzung des Festen werde etwas übersehen: die gesellschaftlichen Bindungen, aus denen die Menschen Schutz ableiten, lösten sich allmählich auf, ohne dass neue Bindungen entstünden.

Jede Gemeinschaft bestehe, so Sloterdijk, aufgrund des Ziehens von Grenzen zwischen innen und außen. Die Frage, die er stellt, lautet: Wo sind wir, wenn wir in der Welt sind? Wie gelingt es dem Menschen, neue Räume, die er mit anderen teilt, bewohnbar zu machen? Alle Geschichte sei die Geschichte von beseelten Beziehungen, meint Sloterdijk. Anhand von langen Betrachtungen über Stadtmauern versucht er darzulegen, dass diese nicht ausschließlich defensiven Zwecken dienten, sondern vor allem einen beseelten Innenraum schaffen sollten. Die starken Außenmauern seien ebenso nach innen gerichtet gewesen. Man könnte auch sagen: Zivilisation ist ein Bollwerk.

Doch was, wenn kein eigener Raum mehr gefunden werden kann? Woher nehmen wir dann eine Einbindung? Die Formulierung dieser Fragen macht Sloterdijk noch nicht zu einem nostalgischen Denker, der sich nach alter Geborgenheit sehnt. Er sieht die Schwächen früherer Kulturen, hat aber auch einen Blick für die zerrüttenden Auswirkungen der Globalisierung in unserer Zeit. Unter dem Druck des sich ausdehnenden Weltmarkts kommt die andere Seite der menschlichen Existenz zum Vorschein, nämlich der Wunsch nach Schutz. Und wie können wir dem



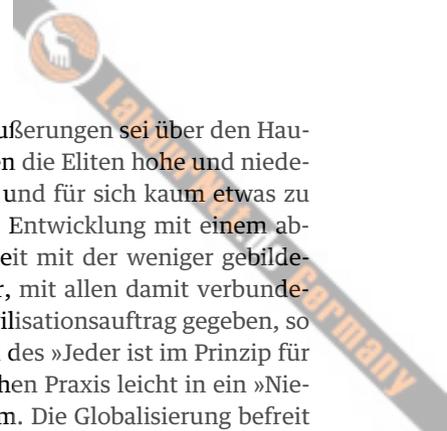
noch gerecht werden? Konkreter: Wie können wir verhindern, dass dieser Wunsch eine aggressive Form annimmt?

Hier stoßen wir auf ein erstes Defizit des Kosmopolitismus: die Unterschätzung der Konflikte, die die Nachbarschaft von so vielen Kulturen und Religionen in der Stadt mit sich bringt. In Städten mit vielen Zuzüglern haben wir beobachten können, wie das räumliche Auseinanderwachsen von Bevölkerungsgruppen eine Zeit lang zur Konfliktvermeidung beitragen kann. Doch irgendwann kommt immer ein Moment, in dem die Segregation nicht mehr funktioniert und unterschiedliche Kulturen und Religionen miteinander in Kontakt kommen.

Dann entstehen Konflikte, die nur durch einen Rückgriff auf gemeinsame Normen eingedämmt werden können. Dies erfordert öffentliche Autoritäten, die zum Beispiel dafür einstehen, dass es ohne Religionsfreiheit als Norm nicht geht. Denn wer für sich selbst das Recht einfordert, einen Gott anzubeten, der muss auch die Verantwortung akzeptieren, dieses Recht für Menschen einer anderen Religion oder ohne Religion zu verteidigen. Stattdessen beobachten wir auf allen Seiten die Neigung, die Religionsfreiheit einzuschränken. Die gemeinsamen Normen, die in einer Zeit der Grenzüberschreitung notwendig sind, werden schlecht gepflegt.

Jetzt, da die ganze Welt in der Stadt angekommen ist, beginnt der Kosmopolitismus möglicherweise nicht mit dem Sammeln von Flugmeilen, sondern damit, dass man die U-Bahn oder den Bus in die Vorstädte nimmt. Viele moderne Weltbürger wissen nichts über Rosengård in Malmö, über Vénissieux in Lyon, über Lozells in Birmingham und über Slotervaart in Amsterdam. Ich kenne genug Menschen, die sich selbst als aufgeklärt betrachten, die aber nur selten die Innenstadt verlassen und sich auf keinerlei Weise vom Wohl und Wehe in den Vorstädten betroffen fühlen. Vielleicht sind die Befürworter von Menschenrechten ja nicht sonderlich interessiert an den Bürgerrechten ihrer Nachbarn, und vielleicht gehen ja deshalb auch Toleranz und Gleichgültigkeit so gut Hand in Hand.

Einen geeigneten Anknüpfungspunkt stellt das Werk von Zygmunt Bauman dar. Dieser polnisch-britische Kulturkritiker beschreibt in *Culture in a Liquid Modern World* eine »flüchtige Gesellschaft«, die in einer zwanghaften Modernisierung gefangen sei, die sich in immer höherem Tempo vorantreibe. Dadurch habe nichts mehr die Chance, Form anzunehmen, denn ehe es zur Gerinnung komme, präsentiere sich bereits das Allerneueste. Dies stehe in einem engen Zusammenhang mit den rasch wechselnden Moden: Die Geschmäcker änderten sich sehr schnell. Daher umschreibt er unsere Zeit mit dem Begriff »flüchtige Modernität«.

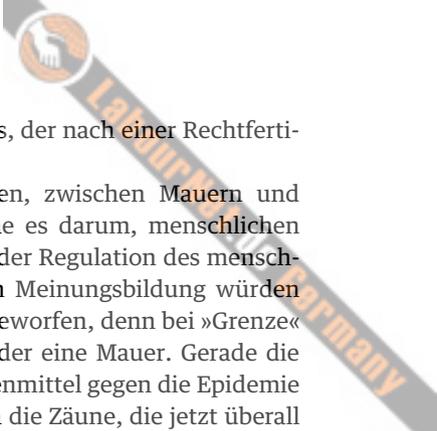


Die traditionelle Hierarchie kultureller Äußerungen sei über den Haufen geworfen. Anders als früher kombinierten die Eliten hohe und niedere Kultur nach Herzenslust. Dagegen sei an und für sich kaum etwas zu sagen, verhielte es sich nicht so, dass diese Entwicklung mit einem abnehmenden Gefühl der Zusammengehörigkeit mit der weniger gebildeten Bevölkerung einhergeht. Habe es früher, mit allen damit verbundenen Problemen, noch so etwas wie einen Zivilisationsauftrag gegeben, so überwiege jetzt das Jeder-für-sich. Das Ideal des »Jeder ist im Prinzip für alles verantwortlich« schlage in der alltäglichen Praxis leicht in ein »Niemand ist für irgendetwas verantwortlich« um. Die Globalisierung befreit nach Baumans Ansicht nur die Oberschicht der Gesellschaft.

Diesen Mangel an Verbundenheit illustriert Bauman am Beispiel des Umgangs mit Migration. Er sieht die problematischen Aspekte der alten Integrationsmodelle, doch das, was an ihre Stelle getreten ist, gefällt ihm nicht. Vielleicht überschätzt er die Bedeutung dieser Modelle - das alltägliche Leben hat so seine eigene Dynamik und zeigt auch Vermischung -, doch er erkennt sehr genau die normative Verlegenheit. Was er als *indifference to difference* umschreibt, eine Gleichgültigkeit im Umgang mit kulturellen Unterschieden, ist ein Ausdruck der Entwurzelung von Eliten, die den sozialen und kulturellen Konflikten in der Gesellschaft möglichst aus dem Weg gehen.

Auch in anderer Hinsicht bringt der Kosmopolitismus eine Unterschätzung der Konflikte, die unsere Zeit charakterisieren, mit sich. Schon in der unmittelbaren Nachbarschaft zur Europäischen Union sehen wir Staaten im Zerfall und Bürgerkriege. Viele sprechen von der »Rückkehr der Geopolitik« und meinen damit, dass in den internationalen Beziehungen Macht über Moral zu triumphieren scheint. Die offenen Gesellschaften können sich daher auch nicht uneingeschränkt der Weltordnung öffnen. Hier stoßen wir auf ein zweites Defizit des heutigen Kosmopolitismus: Wir haben vergessen, welche Bedeutung Grenzen haben.

Der französische Philosoph Régis Debray vertritt in seinem Buch *Éloge des Frontières* (dt. *Lob der Grenzen*) die Ansicht, dass wir Zeugen der Rückkehr des Verdrängten sind. In einer Zeit, in der viele von der Vorstellung einer postnationalen Welt erfüllt sind, sei die Bedeutung des Territoriums plötzlich mit aller Härte zurückgekehrt. Einen ersten Hinweis darauf sieht er in dem brutalen Bürgerkrieg in Jugoslawien, der zu einer ganzen Reihe von neuen Staaten und somit auch Grenzen geführt habe. Während wir alle gemeinsam das Lied »One World« sängen, bestünden die Vereinten Nationen heute aus viermal so vielen Mitgliedern



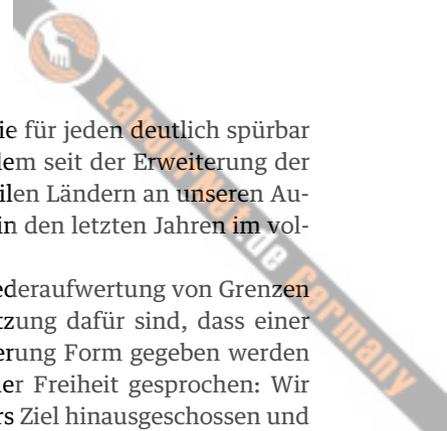
wie zur Zeit ihrer Gründung, führt Debray aus, der nach einer Rechtfertigung von Grenzen sucht.

Wir müssen seiner Meinung nach lernen, zwischen Mauern und Grenzen zu unterscheiden: Bei Mauern gehe es darum, menschlichen Austausch zu verhindern, während Grenzen der Regulation des menschlichen Verkehrs dienen. In der öffentlichen Meinungsbildung würden die beiden Konzepte ständig durcheinandergeworfen, denn bei »Grenze« denke heute jeder sogleich an einen Zaun oder eine Mauer. Gerade die Anerkennung von Grenzen sei das beste Gegenmittel gegen die Epidemie der Mauern, so Debray, und tatsächlich seien die Zäune, die jetzt überall in Europa auftauchten, die Folge des Fehlens einer Außengrenze.

Er nennt Beispiele, die zeigen sollen, dass gerade das Respektieren von Grenzen die gewaltfreie Lösung von Konflikten möglich macht. Das beste Beispiel sei die KSZE-Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975, welche die Grenzen innerhalb Europas festgeschrieben und so für den Beginn der Entspannung zwischen Ost und West gesorgt habe. Gerade weil die Länder von Ansprüchen auf das Territorium anderer Staaten absehen, sei es möglich geworden, Räume für mehr Menschenrechte im Osten zu schaffen. Von der Vereinbarung von Helsinki gebe es eine direkte Verbindung zum Fall der Berliner Mauer vierzehn Jahre später. Und wer verstehe, dass die wechselseitige Respektierung von Grenzen dem Erhalt des Friedens diene, der sei auch einigermaßen von der liberalen Verlegenheit in Bezug auf Grenzen befreit.

Es gab nach 1989 die Erwartung, dass die Demokratie immer mehr zur allgemeinen Norm werden würde, doch es ist anders gekommen. Konflikt und Gewalt werden auch in den kommenden Jahrzehnten große Teile der Welt kennzeichnen. Das Ideal der offenen Gesellschaft wird längst nicht überall begrüßt, mehr noch: Nach Jahren, in denen die Demokratie im Aufwind war, gewinnen autokratische Regime in Ländern wie Russland, China und in der Türkei an Boden. In Europa können Demokratien sich wechselseitig öffnen und Grenzen allmählich abbauen, doch in einer Welt voller Unterdrückung, die zu Gewalt führt, dürfen die liberalen europäischen Demokratien ihre gemeinsamen Grenzen nicht vernachlässigen.

Unser Kontinent ist in einer Konstellation gefangen, die man als strategisches Dreieck umschreiben kann: im Osten ein wachsender Nationalismus in Russland und China, im Süden ein sich ausbreitender arabischer Bürgerkrieg und im Westen schließlich eine schrumpfende amerikanische Macht. Dass in unserer Nachbarschaft viele gewalttätige Konflikte existieren, war vor zehn Jahren für viele noch eine Abstraktion, doch



plötzlich ist dies eine Tatsache geworden, die für jeden deutlich spürbar ist. Obwohl es schon seit Längerem - vor allem seit der Erweiterung der Europäischen Union - eine Reihe von instabilen Ländern an unseren Außengrenzen gibt, ist die Desintegration erst in den letzten Jahren im vollen Umfang sichtbar geworden.

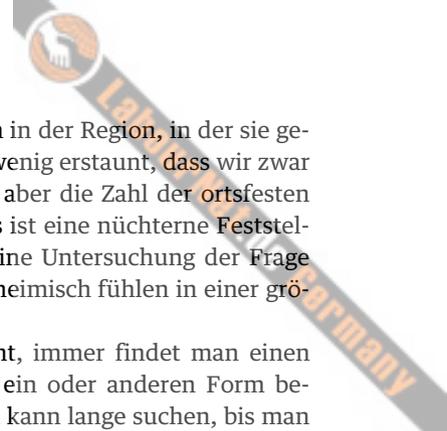
Dies sind Überlegungen, die zu einer Wiederaufwertung von Grenzen beitragen, von Grenzen, die eine Voraussetzung dafür sind, dass einer offenen Gesellschaft in Zeiten der Globalisierung Form gegeben werden kann. Oft wird besorgt über die Grenzen der Freiheit gesprochen: Wir seien bei der Relativierung von Normen übers Ziel hinausgeschossen und bräuchten neue Tabus. Hier legen wir allen Nachdruck auf die Freiheit der Grenze: Gerade um Freiheit in ihrer Gänze zu entfalten, können wir uns nicht vorbehaltlos der Welt öffnen, die uns umgibt. Wir brauchen Grenzen, die übrigens nicht mit denen der Nationalstaaten, wie wir sie heute kennen, identisch sein müssen.

Die Defizite des Kosmopolitismus in unserer Zeit lassen sich leicht zusammenfassen: Auf der einen Seite wird übersehen, dass es in einer kleiner werdenden Welt zu kulturellen Konflikten in unseren Städten kommt. Dies verlangt gemeinschaftliche Normen, die den Raum für eine offene Gesellschaft vergrößern. Auf der anderen Seite beachtet der heutige Kosmopolitismus nicht zur Genüge, dass in einer kleiner werdenden Welt geopolitische Konflikte heftiger werden können. Dadurch entdecken wir den Wert von gemeinschaftlichen Grenzen in Europa, die die offene Gesellschaft beschützen sollen.

Wir sehen, wie die Polarisierung unsere Gesellschaften langsam unter Druck setzt: Diejenigen, die das eigene Erbe betonen, und diejenigen, die Offenheit predigen, geraten zunehmend zueinander in Opposition. Und das, obwohl wir im Gegenteil gerade lernen müssen, mit der Spannung zwischen diesen beiden Haltungen umzugehen - eine Spannung, die zu einer lebendigen Demokratie gehört. Eine offene Gesellschaft braucht eine moralische Mitte. Die Plädoyers für offene und für geschlossene Grenzen schließen einander aus, und das verheißt wenig Gutes. Wenn diese Bruchlinie sich weiter in unseren Gesellschaften festsetzt, dann liegt auf der Hand, wohin es die Mehrheit ziehen wird: nicht auf die Seite des Weltbürgers, sondern auf die des Kleinbürgers.

### **Die Rache der Geografie**

Es sind meistens die kleinen Meldungen, in denen die bedeutendsten Nachrichten zu finden sind. So berichtete *Le Monde* vor einigen Jahren, dass die Einwohner Frankreichs längst nicht so mobil sind wie gedacht.



Nicht weniger als 70 % der Franzosen lebten in der Region, in der sie geboren wurden. Der Kommentar lautete ein wenig erstaunt, dass wir zwar glauben, in einer flüchtigen Welt zu leben, aber die Zahl der ortsfesten Menschen immer noch beträchtlich ist. Dies ist eine nüchterne Feststellung, die einen guten Ausgangspunkt für eine Untersuchung der Frage bietet, inwieweit Bürger sich bewegen und heimisch fühlen in einer größeren werdenden Welt.

An welche Universität man auch kommt, immer findet man einen Fachbereich, der sich mit Mobilität in der ein oder anderen Form beschäftigt, meistens mit Migration. Aber man kann lange suchen, bis man auf ein Institut stößt, das sich der Immobilität widmet. Das ist merkwürdig, denn die Weltbevölkerung besteht nur zu 3 % aus Immigranten. 97 % sind also keine. In Westeuropa und Nordamerika stammen 10 % bis 15 % der Bevölkerung aus dem Ausland. Die Zahl der Neuankömmlinge hat bestimmt einen gewissen Einfluss auf die Gesellschaft, vor allem in den Städten, in denen Migrantenfamilien inzwischen sogar die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Es gibt also keinen Grund, die Veränderung durch Migration als »Nichts Neues unter der Sonne« beiseite zu wischen. Zugleich aber ist offensichtlich, dass die große Mehrheit der Bevölkerung nicht aus Migranten besteht.

Die Vernachlässigung der Mehrheit ist ein blinder Fleck, der auf einem Vorurteil beruht: Mobilität ist gut, Immobilität ist schlecht. Das gilt auf der individuellen Ebene – wer Herz- und Kreislauferkrankungen vermeiden will, muss sich bewegen –, ist aber auch das Gebot der Stunde für das Kollektiv. Grenzüberschreitung bedeutet schließlich Fortschritt, denn leben Kulturen nicht von Vermischung? Und wer würde leugnen, dass Schöpfungsdrang und das Ausloten von Grenzen unauflöslich miteinander verbunden sind? Die große Frage ist: Lebt eine Gesellschaft nur vom allerbeweglichsten Teil der Bevölkerung, oder müssen wir auch Worte für die große Mehrheit finden, die ortsfest ist?

Ich möchte diesen Befund anhand des *Global Connectedness Index* präzisieren, der von Forschern im Auftrag der Deutschen Post DHL Group erstellt wurde. Daraus geht hervor, dass der weitaus größte Teil der Kommunikation innerhalb der Grenzen der eigenen Sprachgemeinschaft stattfindet: Internationaler Telefonverkehr umfasst nicht mehr als 2 % aller telefonierten Minuten, und wenn wir Telefonie über das Internet hinzurechnen, kommen wir auf etwa 5 %. Nicht mehr als rund 20 % der über das Internet verschickten Bits sind grenzüberschreitend. Betrachten wir die Mobilität der Menschen, dann sind nur 3 % der Bevölkerung Migranten, nicht mehr als 2 % der Studenten absolvieren ein Studium



im Ausland, und nur 10 % der Reisenden sind Touristen aus einem anderen Land. Die Forscher stellten fest, dass diese Ergebnisse nicht zum Bild einer völligen Globalisierung passen. Im Gegenteil, sie evozieren eher das Bild einer Welt, die immer noch in vielerlei Hinsicht »lokal« ist. Auch die Verwendung sozialer Medien ist weniger grenzüberschreitend, als oft angenommen wird. Jugendliche kommunizieren vor allem mit Freunden, die sie regelmäßig treffen: Auch in ihrer Lebenswelt spielen Nähe und eine gemeinsame Sprache immer noch eine sehr große Rolle.

Die Auswirkungen der Internationalisierung reichen weniger weit, als oft gedacht wird, und der Löwenanteil an grenzüberschreitenden Kontakten findet zwischen Ländern statt, die eine gemeinsame Grenze sowie kulturelle und historische Bindungen zueinander haben. Das sieht man an den Warenströmen: Nachbarländer treiben noch stets den meisten Handel miteinander. Daneben findet mehr als die Hälfte der internationalen Kontakte auf demselben Kontinent statt. Damit wird die Realität der Globalisierung nicht gezeugnet, doch ihre Auswirkungen unterscheiden sich von Land zu Land erheblich.

Und nicht nur von Land zu Land, sondern auch in den einzelnen Staaten hat die Globalisierung für die unterschiedlichen sozialen Klassen sehr unterschiedliche Auswirkungen. Menschen mit dem höchsten Einkommen und der besten Ausbildung sind auch am mobilsten. Es gibt einen Zusammenhang zwischen räumlicher und sozialer Mobilität. Das erklärt, warum vor allem bei Geringqualifizierten die Einstellung zur Globalisierung negativer ist. Ihr Wahlverhalten zeigt das: Parteien, die behaupten, Hüter der sozialen oder kulturellen Errungenschaften zu sein, finden verhältnismäßig mehr Zuspruch bei Menschen mit geringerer Bildung. Aktuelle Untersuchungen belegen aber, dass auch die Mittelschicht – man denke an Berufsgruppen wie Lehrer, Polizisten und Pflegekräfte – in zunehmendem Maße dieser ablehnenden Sicht auf die Welt zuneigt.

Wer das Unbehagen in der Demokratie auch nur ansatzweise verstehen will, muss bei dieser Art von Fakten beginnen. Die Distanz zwischen der Internationalisierung der Welt und dem ortsgebundenen Leben der Bevölkerungsmehrheit ist größer geworden. Das ist ein wichtiger Grund für den Unterschied zwischen der positiven Wertschätzung, die die Menschen für ihr persönliches Leben empfinden, und den düsteren Ansichten, die eben diese Menschen über die Gesellschaft haben. Das lässt eine wachsende Machtlosigkeit sichtbar werden, die mehr ist als eine pessimistische Stimmung.

Die Bruchlinie zwischen der mobilen Oberschicht und der ortsfesten Mehrheit führt zu sozialen und politischen Spannungen. Man könnte



von der »Rache der Geografie an der Politik« sprechen. Der Soziologe Manuel Castells entwirft ein Bild von den modernen Städten, in denen eine mit der gesamten Welt kommunizierende kosmopolitische Elite heftig mit »einem Tribalismus lokaler Gemeinschaften« kollidiert, die sich in ihre eigene Welt zurückziehen. Diese Rückzugsbewegung interpretiert er als »letzten Widerstand« gegen die enormen ökonomischen Kräfte, die das alltägliche Leben bestimmen, ohne dass die Menschen sie sonderlich beeinflussen können. Die Formulierung »letzter Widerstand« müssen wir auf uns einwirken lassen. Was jetzt leichthin als Nostalgie abgetan wird, ist der Versuch, wieder Zugriff auf die eigene Lebenswelt zu erlangen.

Diese nach innen gewandte Reaktion ist in vollem Gange: Während wir von einer Weltbürgerschaft träumen, wollen nicht wenige Schotten die Unabhängigkeit von England und viele Katalanen die von Spanien. Castells' Schlussfolgerung lautet daher, dass die größte Frage unserer Zeit die ist, wie wir die sich über die ganze Welt erstreckenden ökonomischen Beziehungen mit den lokal verwurzelten Gesellschaften und Kulturen versöhnen. Seine Betrachtungen drehen sich um die Entfremdung in einer Welt, die globaler wird. Das ist alles andere als harmlos, denn wenn der Verlust von Halt zu radikalem Konservativismus umgeformt wird, kann eine Gesellschaft in ernsthafte Verlegenheit geraten.

Die Art und Weise, wie sich dieses Unbehagen äußert, ist natürlich unterschiedlich ausgeprägt. Parteien wie die UKIP und der Front National, die österreichische FPÖ und die griechische Syriza, die dänische Volkspartei und die italienische Grillo-Bewegung unterscheiden sich stark voneinander und können dennoch unter dem Nenner »Anti-Establishment« zusammengefasst werden. Letzteres ist natürlich ein entscheidendes Kennzeichen eines jeden Populismus: Man hat den Eindruck, die Elite habe das Volk verraten. Hier geht es darum, dass all diese Parteien Ausdruck eines verständlichen Unbehagens sind.

Die populistischen Parteien legen soziale und kulturelle Bruchlinien offen, die wir ernst nehmen müssen. Solche Bewegungen werden meist unter der Bezeichnung »Populismus« subsumiert, doch »Protektionismus« ist ein Begriff, der ihr Programm besser trifft. Wenn bei vielen Wahlen in Europa etwas vernehmbar geworden ist, dann ist es der Ruf nach Schutz. Dabei geht es um einen *sozialen* Protektionismus, um Widerstand gegen das Zurückfahren des Versorgungsstaates durch eine »neoliberale« Politik, die zudem noch Arbeitslosigkeit nach sich zieht und die Mittelschicht unter Druck setzt. Das beobachten wir vor allem im Süden Europas bei radikal linken Parteien wie Syriza in Griechenland und Podemos in Spanien. Und es geht um einen *kulturellen* Protektionismus,



um die Vorstellung, dass nationale Identitäten in einer grenzenlosen Welt unterminiert werden. Diese Motive finden wir eher in Nordeuropa, wo radikal rechte Parteien wie die dänische Volkspartei und die niederländische PVV beachtlichen Zulauf haben.

Die Verwirrung bei den etablierten Kräften ist groß, weil diese protektionistischen Parteien nicht einfach rechts oder links eingeordnet werden können. Der Front National und die FPÖ gerieren sich schließlich auch als Verteidiger der sozialen Sicherheit und sind zum Beispiel gegen die Erhöhung des Rentenalters. So zerfällt das politische Spektrum entlang einer neuen Bruchlinie: Internationalismus versus Protektionismus - man denke an Emmanuel Macron versus Marine Le Pen. Und sollte diese Trennlinie die Politik langfristig spalten - und vorerst noch verstärkt die Europäische Union diese Entwicklung -, dann ist es nicht undenkbar, dass eine Mehrheit der weniger mobilen Wähler sich am Ende um Vorstellungen von nationaler oder regionaler Selbstständigkeit versammelt.

Deshalb führt es nicht weiter, die Parteien, die diesen Ruf nach Schutz repräsentieren, als »undemokratisch« zu bezeichnen, wie ich es am Abend der Europawahlen in vielen Tonarten gehört habe. Gewiss, es gibt genug Fremdenfeindliches bei Parteien wie dem Front National, aber dennoch glaube ich, dass wir in dem Ruf nach Schutz auch die Fähigkeit der Demokratie zur Selbstkorrektur bei der Arbeit sehen. Dies verlangt eine Erneuerung der klassischen Parteien, doch die Gefahr ist groß, dass in diesen Kreisen die Erwartung an Boden gewinnt, der Protektionismus werde schon abebben, wenn es den Staaten wirtschaftlich wieder besser geht.

Es ist alles andere als sicher, dass sich die entgegengesetzten Positionen noch überbrücken lassen; die europäische Integration ist in den letzten sechzig Jahren noch nie so unter Druck gestanden wie heute. Man nehme nur einmal den giftigen Wortwechsel zwischen Brüssel und Warschau oder die alten und neuen Meinungsverschiedenheiten zwischen Berlin und Athen. Ein optimistischer Betrachter sieht in diesen Konflikten ein Zeichen der Integration: Gerade jetzt, da Europa in unser aller Leben vordringt, rufe es Reaktionen hervor, doch dadurch wachse auch das Bewusstsein dafür, dass wir eine Schicksalsgemeinschaft sind. In der Diskussion über die Zukunft Europas könnten wir sogar die Geburt eines neuen politischen Raums erkennen: Die nationale Politik sei dabei, sich zu europäisieren.

Ein Kritiker würde jedoch sagen, dass die Union mit der gemeinschaftlichen Währung und den gemeinschaftlichen Grenzen bereits einige Schritte zu weit gegangen ist und nun die Gegenkräfte wachruft, die sie durch die Integration eindämmen wollte. Der ehemalige Präsident des



Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, sagte unlängst, er sei weniger besorgt über das Aufkommen des Populismus in den einzelnen Mitgliedsstaaten der Union, sondern fürchte sich mehr vor dessen vereinigter Kraft in Europa. Parteien wie der Front National wollten nicht Frankreich vernichten, strebten aber das Ende der Europäischen Union an. Gerade an diesem Punkt stelle der Populismus eine existenzielle Bedrohung dar. Darum müsse die Union auch auf den Ruf nach Schutz eine Antwort geben.

Die Mobilität, die unsere Welt charakterisiert, kann nur aufrecht erhalten werden, wenn wir die Interessen und Überzeugungen des weniger mobilen Teils der Bevölkerung berücksichtigen. Die liberale Utopie von friedlichen internationalen Beziehungen, die aus gemeinsamen Wirtschaftsinteressen entstehen, könnte angesichts von nationalen oder ethnischen Konflikten den Kürzeren ziehen. Darum ist der Umgang mit Migration ein so wichtiger Prüfstein für die Ordnung der Welt.

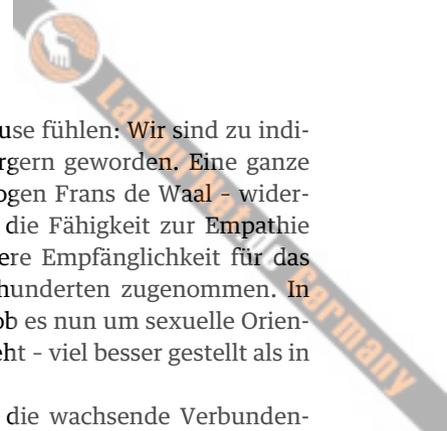
### **Die Außengrenzen Europas**

»Wir haben die Kontrolle verloren. Manche Bürger fordern, die Binnen­grenzen müssen wieder eingerichtet werden. Falsche Lösung. Wir müssen endlich die Außengrenzen gut bewachen. Das ist essenziell für das Überleben der EU.« António Vitorino, ehemaliger europäischer Kommissar aus dem sozialistischen Lager, stimmte in einem Gespräch kurz vor dem Jahreswechsel 2016/2017 düstere Töne an:

»Als ich 2002 vorschlug, die Grenzagentur Frontex zu gründen, schrieb ich bereits, sie müsse zu einer Grenzpolizei ausgebaut werden. Doch Frontex hat keinerlei Befugnisse. Die Agentur hat zu wenig Geld und zu wenig Leute. Sie muss von Regierungen angefordert werden, um helfen zu dürfen.«

Europa ringt mit seinen Außengrenzen, so viel ist klar. Doch hinter den Kontroversen über die Vorgehensweise verbergen sich politisch-philosophische Fragen. Das Plädoyer für mehr Zusammenarbeit an den gemeinsamen Grenzen berührt nämlich die wesentliche Frage, ob Bürger einander in zunehmendem Maße als europäische Mitbürger betrachten werden. Denn eine Grenze bezweckt, aus einer Bevölkerung letztendlich ein Volk zu machen: *We the people*. Aber kann langfristig auf unserem durch unterschiedliche Sprachen und Traditionen, durch unterschiedliche Interessen und Prinzipien geprägten Kontinent so etwas entstehen?

Die Unterschiedlichkeit wirft zunächst eine Frage auf: Mit wem können wir uns dauerhaft identifizieren? Das Klischee besagt, dass wir uns



vor allem bei unserem Eigeninteresse zu Hause fühlen: Wir sind zu individualisierten und daher berechnenden Bürgern geworden. Eine ganze Reihe von Untersuchungen - etwa des Biologen Frans de Waal - widerspricht diesem Bild jedoch und zeigt, dass die Fähigkeit zur Empathie auch Teil der menschlichen Natur ist. Unsere Empfänglichkeit für das Leid anderer hat in den vergangenen Jahrhunderten zugenommen. In unserem Teil der Welt sind Minderheiten - ob es nun um sexuelle Orientierung, Religion oder ethnische Herkunft geht - viel besser gestellt als in früheren Zeiten.

Zugleich konnten wir beobachten, dass die wachsende Verbundenheit abwehrende Reaktionen hervorruft. Wie groß kann eine Gruppe von Menschen sein, der wir uns verwandt und der wir uns dauerhaft verbunden fühlen? Welche Kreise von Identifikation können wir umschreiben, und wie geben wir dieser Verbundenheit in unser Zeit eine Form? Kurzum: Wie geben wir dieser Schicksalsverbundenheit eine Form als freie Entscheidung und nicht als etwas, das uns aufgezwängt wird? Vielleicht steckt in dem Wort »Schicksalsverbundenheit« ja das Bewusstsein von Freiheit und Notwendigkeit: Wir wollen und können uns dem Schicksal der anderen nicht dauerhaft entziehen.

Wir haben uns auf die Suche nach der Rechtfertigung von Grenzen in unserer Welt begeben und sind zu der Schlussfolgerung gekommen, dass Freiheit eine Form erfordert. Jetzt liegt das Ergebnis auf der Hand, dass die bestehenden Grenzen damit unverzichtbar sind. Doch dies würde von einem ziemlich unhistorischen Blick zeugen. Denn haben wir nicht in der Geschichte die permanente Verschiebung von Grenzen beobachten können? Genauer gesagt: Haben wir nicht eine langsame Ausweitung der Grenzen gesehen?

In Europa haben wir die Grenzen stark relativiert - im Osten aus verständlichen Gründen später als im Westen -, und diese Entscheidung hat gravierende Folgen gehabt. Sollten wir den Kreis von Menschen, mit denen wir uns identifizieren, dauerhaft ausweiten können? Es spricht einiges für den Gedanken, dass gerade die Krise der vergangenen Jahre ein Bewusstsein für den gemeinsamen Raum hat entstehen lassen: Erstmals schauen wir auf die Wahlen in Frankreich oder Griechenland mit dem Gefühl, dass das Ergebnis uns direkt betrifft.

Ein Fortschrittsideal unserer Zeit besagt, dass der Kreis unserer Mitbürger bis über unsere Landesgrenzen hinweg ausgeweitet werden wird, in dem Bewusstsein, dass Grenzen immer noch eine Rolle spielen. Die Europäische Union ist zu sehr ein Verwaltungsmoloch und zu wenig ein Zivilisationsideal. Im Kern geht es darum, dass wir Deutsche, Schweden,



Rumänen und Letten als Mitbürger empfinden. Davon sind wir noch weit entfernt, denn eine grenzüberschreitende Demokratie erfordert eine *Lingua franca*, eine Verkehrssprache, die neben den Nationalsprachen verwendet wird. Hier möchte ich mich aber auf eine andere wichtige Bedingung konzentrieren: Ohne eine gemeinsame Grenze ist die Vorstellung von einer gemeinsamen Bürgerschaft nur schwer vorstellbar.

Meine erste Schlussfolgerung lautet, dass sich nach der Aufhebung der Binnengrenzen eine drängende Frage stellt, nämlich: Wie schützen wir unsere gemeinsamen Außengrenzen? Eine neue Rechtfertigung für die europäische Integration kann nur gefunden werden, wenn die Union außer Offenheit auch Schutz bietet. Bis jetzt stand die Integration im Zeichen der Freiheit, Grenzen zu überschreiten. Doch die Relativierung der Binnengrenzen kann nur aufrechterhalten werden, wenn Europa der Sicherheit mehr Aufmerksamkeit schenkt. Wenn Europa eine Wertegemeinschaft sein möchte, muss es auch eine Sicherheitsgemeinschaft werden wollen. Dafür bedarf es zunächst einer klaren Vorstellung über den Schutz der Außengrenzen.

1985 wurde im luxemburgischen Dreiländereck, im verschlafenen Dörfchen Schengen, ein historischer Vertrag geschlossen, demzufolge die Grenzkontrollen Schritt für Schritt abgeschafft werden sollten. Zehn Jahre später war es so weit. Anfangs beteiligten sich die Benelux-Staaten, Frankreich und Deutschland, doch inzwischen haben sich 22 EU-Mitgliedsstaaten und vier andere Länder, zum Beispiel Norwegen und die Schweiz, dem Vertrag angeschlossen. Ein Gebiet mit 400 Millionen Einwohnern. Freier Personenverkehr gehört zu einem freien Markt für Waren und Dienstleistungen. Von Beginn an wurde zwar die Bedeutung einer gemeinsamen Außengrenze betont, doch es hat zwanzig Jahre gedauert, bis mit Frontex - abgeleitet von dem französischen Ausdruck *frontières extérieures* - eine institutionelle Form dafür gefunden wurde.

Die Agentur wurde 2004 gegründet, was an sich bereits ein Hinweis darauf ist, dass es in Europa nach 9/11 gar keinen so starken Hang zu *homeland security* gab, wie von den Kritikern der »Festung Europa« oft suggeriert wird. Es dauerte schließlich noch drei Jahre, bis man dem Aufruf der Europäischen Rates, mehr für die Sicherung der Außengrenzen der EU zu tun, folgte. Und selbst dann kam man nicht weiter als bis zu einer Art von Zusammenarbeit, deren mühsamer Charakter bereits in der äußerst umständlichen Umschreibung von Frontex deutlich wird: European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders of the Member States of the European Union - das klingt wie der Beginn einer Ahnung von einer Idee. Der Umfang und die Entwick-

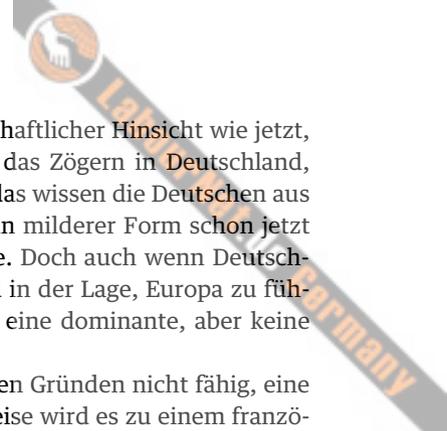
lung des Budgets der Grenzagentur zeigen, wie halbherzig man in dieser Sache vorgeht.

Was jetzt oft als Unmöglichkeit dargestellt wird - dass vor allem der Schutz der Grenzen im Süden und Osten der Union ein aussichtsloses Unterfangen sei -, ist in erster Linie das Ergebnis einer schlecht durchdachten Integration. Aus der Betonung der praktischen Probleme spricht vor allem eine moralische Verlegenheit, denn warum sollte die Bewachung einer gemeinsamen Außengrenze nicht einfacher sein als früher, als mit weniger technischen Hilfsmitteln die Außengrenzen *und* die Binnengrenzen, kurzum: eine sehr viel längere Grenze, bewacht werden mussten? Wir könnten doch alle verfügbaren Kräfte, die wir früher an den Binnengrenzen brauchten, an die Außengrenzen verlegen?

Ich denke, der moralische Trugschluss in Bezug auf Grenzen wiegt schwerer als deren praktische Möglichkeiten, die, wie jeder einsehen wird, Beschränkungen unterliegen. Niemand will einen totalitären Staat, der alle Gesetzesübertretungen mit drakonischen Mitteln unterdrückt, und niemand will einen Staat mit hermetisch geschlossenen Grenzen. Es wird also immer Menschen geben, die ohne Genehmigung die Grenze überqueren. Doch Illegalität war noch nie ein Argument, Legalität abzuschaffen. Die Tatsache, dass Menschen gegen Gesetze verstoßen, macht diese Gesetze noch nicht überflüssig. Der Kern des Problems ist vielmehr, dass wir nicht deutlich genug zwischen Schließen und Regulieren unterscheiden. Grenzen sind »Filter«, wie der bereits erwähnte Philosoph Régis Debray es formuliert. Eine Grenze unterbindet nicht den menschlichen Verkehr, sondern reguliert den Menschenstrom.

Man kann es auch anders ausdrücken: Der Erfolg Europas als Freieitngemeinschaft macht den Schritt zu einer Sicherheitsgemeinschaft notwendig. Das ist meine zweite Schlussfolgerung: Ein ökonomisches Europa reicht nicht, eine stärkere machtpolitische Rolle Europas ist unumgänglich. Viele würden sich gern an den Status quo klammern: Wir müssen nicht noch mehr Einfluss haben, und uns ist bewusst, dass wir seit dem Zweiten Weltkrieg goldene Zeiten erlebt haben. Aber die Geschichte lehrt, dass Stillstand meist zu Rückschritt führt. Macht schafft Macht, und dieser kumulative Effekt ist in der europäischen Geschichte seit dem 15. Jahrhundert sichtbar gewesen. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass die Welt, die vor uns liegt, die Bewahrung der Neutralität belohnen wird.

Dies ist ein Kernproblem der Integration: Können wir uns Europa als Macht in der Welt innerhalb der Grenzen einer demokratischen Rechtsordnung vorstellen? Und zieht dies nicht ein riskantes Übergewicht



Deutschlands nach sich - nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht wie jetzt, sondern auch in politischer? Man versteht das Zögern in Deutschland, dieses Vakuum in Europa zu füllen. Größe, das wissen die Deutschen aus eigener Erfahrung, ist gefährlich - und hat in milderer Form schon jetzt unfreundliche Empfänge in Athen zur Folge. Doch auch wenn Deutschland diese Rolle übernehme: Wäre das Land in der Lage, Europa zu führen? Ich denke nicht. Deutschland ist zwar eine dominante, aber keine dominierende Macht in Europa.

Deutschland ist also aus unterschiedlichen Gründen nicht fähig, eine solch zentrale Rolle zu spielen. Möglicherweise wird es zu einem französisch-deutschen Schwerpunkt kommen, doch ohne Zentrum geht es nicht. Das Fehlen einer wirklichen europäischen Hauptstadt trug bis 1989 zur europäischen Vereinigung bei. Die amerikanische Dominanz kompensiert die Schwäche Europas in der Weltpolitik. Jeder Versuch, Europa eine reale außenpolitische Rolle spielen zu lassen, kann leicht zu einer Intensivierung der inneren Spannungen führen. Dennoch ist die Europäische Union diesem Zwang zur großen Politik ausgesetzt. Man denke nur an die Spirale der Gewalt in unmittelbarer Nachbarschaft von Europa, mit Kriegen - unter anderem - in Syrien, im Irak, in Libyen und in der Ukraine.

Während nach 1989 in Europa das Ende der Geopolitik gefeiert wurde, sind an den blutigen Rändern des Kontinents die Konflikte in vollem Gang. Die Europäische Union ist als Zone des »ewigen Friedens« von einem Gürtel von Ländern in Krieg oder Verfall umgeben. Obwohl wir uns dem nicht entziehen können, wäre ein Rückfall in den Machtrealismus nicht nur ein Verrat an der Verkörperung der europäischen Vereinigung - er böte auch keine dauerhafte Orientierung in der Weltordnung. Europa will eine Wertegemeinschaft bleiben, die die Menschenrechte stark betont, doch diese Absicht steht und fällt mit der Fähigkeit der Union, eine Sicherheitsgemeinschaft zu werden.

Eine solche politische Rolle ist nicht möglich ohne eine deutliche Vorstellung vom Umfang der Union. Meine dritte und letzte Schlussfolgerung hinsichtlich der Grenzen Europas betrifft daher auch die Frage der Erweiterung. Das größte Sicherheitsproblem - die französisch-deutsche Rivalität, die Monnet schlaflose Nächte bereitete - liegt nicht mehr im Herzen Europas, sondern an seinen Rändern. Dass die Grenze nun so weit im Osten und im Süden liegt, ist der größte Beitrag der Union zum Frieden in Europa. Es ist schwierig, etwas zu sehen, was nie passiert ist, was aber hätte passieren können ohne die Disziplin, die von der Perspektive ausging, zur Union zu gehören. Dass der Übergang vom Kommunis-

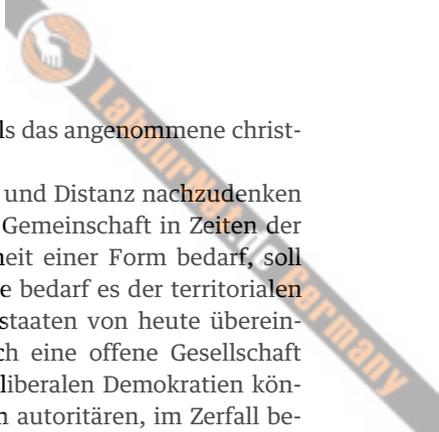
mus zur Demokratie überwiegend friedlich verlaufen ist, hat sicher etwas mit der europäischen Integration zu tun.

Die Erweiterung der Union ist eine große Errungenschaft, doch die Frage, die jeden beschäftigen muss, lautet: Wo liegen die Grenzen bei der Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten? Wenn wir Bilanz ziehen, dann scheint offensichtlich zu sein, dass die Grenzen der Erweiterung erreicht sind. Weder der Türkei noch den früher zur Sowjetunion gehörenden Republiken wie Georgien und der Ukraine darf vermittelt werden, dass eine Mitgliedschaft in der Union in den kommenden fünfzehn bis zwanzig Jahren im Bereich des Möglichen liegt.

Ausnahmen stellen die Teile des ehemaligen Jugoslawien dar, die - wie Serbien - der Union noch nicht beigetreten sind. Sie sind aufgrund ihrer Lage ein natürlicher Teil der Union, die mit dreißig Mitgliedsstaaten wohl die Grenze ihrer Erweiterung für die nächsten Jahrzehnte erreicht haben wird. Mit der Integration des Balkan - der zum Teil eine muslimische Bevölkerung hat - wird auch deutlich gemacht, dass die Union auf der Trennung von Staat und Kirche basiert und nicht auf einer exklusiv christlichen oder jüdisch-christlichen Tradition.

Ohne eine deutliche Aussage über die Außengrenzen Europas bleibt die Unsicherheit bestehen. Will die Union eine gewisse Stabilität an den Grenzen haben, dann muss ein Moratorium für die weitere Ausdehnung ausgerufen werden. Das erfordert aber einen diplomatischen Umgang mit den Ländern, die dauerhaft außerhalb der Union verbleiben werden. Darüber muss Klarheit geschaffen werden, denn die Mühen der Vertiefung der Integration können mit einer noch weiteren Ausdehnung nicht vereinbart werden. Der weitere Abbau der Binnengrenzen erfordert schließlich eine Stabilisierung der Außengrenze. Nicht um Europa von der übrigen Welt abzuschließen, sondern um eine dauerhafte Annäherung über die Grenzen hinweg, die Europa jahrhundertlang getrennt haben, zu ermöglichen.

So sehen wir, dass sich große politisch-philosophische Dilemmata hinter allen Entscheidungen verbergen, die in Bezug auf die Außengrenzen gefällt werden müssen. Können wir den Kreis der Identifikation allmählich über die Grenzen hinauswachsen lassen, die Europa so lange getrennt haben, oder wird es nie eine europäische Bürgerschaft geben? Im Anschluss daran stoßen wir auf die Frage: Verträgt das empfindliche Gleichgewicht in der Union eine geopolitische Rolle, oder ist die Wertegemeinschaft, die Europa sein will, nicht mit einer Sicherheitsgemeinschaft zu vereinbaren? Und schließlich: Gründen wir die Idee von Europa auf einen »Zusammenprall der Kulturen«, oder halten wir an einem säku-



laren Ausgangspunkt fest, der weiter reicht als das angenommene christliche oder jüdisch-christliche Erbe?

Wir müssen aufs Neue lernen, über Nähe und Distanz nachzudenken und vor allem über die Möglichkeiten einer Gemeinschaft in Zeiten der Globalisierung. Ich will darlegen, dass Freiheit einer Form bedarf, soll heißen: Für eine funktionierende Demokratie bedarf es der territorialen Integrität. Die muss nicht mit den Nationalstaaten von heute übereinstimmen, doch ohne Begrenzung kann auch eine offene Gesellschaft nicht funktionieren. Mehr noch: Gerade die liberalen Demokratien können sich in einer chaotischen Umgebung von autoritären, im Zerfall befindlichen Staaten - und in dieser Situation befinden sich zur Zeit viele Länder an den Grenzen Europas - nicht vorbehaltlos zur Außenwelt hin öffnen. Dies ist kein Plädoyer dafür, sich den Nöten in unserem Umfeld zu verschließen. Wir suchen nach der moralischen Mitte, die in unseren Gesellschaften in dem Moment auseinandergerissen wird, wenn die Stimmen für offene Grenzen und die für geschlossene noch die einzigen sind, die gehört werden.